brèsche
info-bulletin
Nr. 6
22.5.78

Editorial:

MAI 68 - ZEHN JAHRE DANACH

10 Jahre Mai 68 - 5 Jahre RML Sektion Zug - Ist die "Neue Linke" so schnell alt geworden, dass sie jede Geburtstagskerze zum Anlass für eine nostalgische Gedenkfeier nimmt? Aehnlich skeptisch fragte mich kürzlich ein Maturand: 10 Jahre Mai 68 - Was gibt's denn hier zu feiern?

"Nach Marx kommt April und nach Mao Juni". Dieser spöttische Vers, dem Repertoir der italienischen Stadtindianer entstammend, ist kennzeichnend für die Ablehnung von Theorie und Geschichtlichkeit der Arbeiterbewegung durch eine neue Strömung junger Spontaneisten. Sind diese Aussagen Ausdruck eines überschnellen Generationenwechsels innerhalb der jungen Linke? Gehen die Che Guevaras und Ho Chi Minhs bereits an den Gichtkrücken des Reformismus und werden auf ihrem langen Marsch zum Sozialismus von leichtfüssigen Asphaltindianern überholt und stehengelassen?

Kaum. Vielmehr ist es doch so, dass für die heutigen Jugendlichen der Mai 68 mehr nur ein geschichtliches Ereignis ist, was für uns, welche diese Vorgänge - wenn vielleicht auch nur am Rande - selbst mitverfolgt haben, die Geburtsstunde der Zukunft war. Mit dem Mai 68 wurde - um einen Ausdruck Cohn-Bendits zu gebrauchen - "eine Bresche ins kapitalistische System geschlagen". Die Bedeutung des Mai 68 heute: Das sind nicht nur die zahlreichen linken Nachfolgeorganisationen. Der Mai 68 war nicht nur ein politisches

Ereignis, sondern auch ein Meilenstein für die Kultur und Geisteshaltung unserer heutigen Gesellschaft, determiniert durch ein neues, anthropozentrisches Weltbild. Und somit zugleich auch Grabstein für die buergerliche Ideologie, welche ihrer Zukunft beraubt wurde.

In diesem Sinne dürfen wir Linken den Mai 68 wie einen Geburtstag feiern: Wir selbst haben vielleicht nicht viel zur Geburt beigetragen. Doch freuen wir uns, dass Vater Marx (einmal mehr) die Mutter Geschichte geschwängert hat und nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand!

H. R.

* *

INHALT

4	5 Jahre RML Sektion Zug
4	Die Entstehung der Zuger "Neuen Linke"
7	Wo wir stehen. Bilanz und Perspektiven unserer Sektion.
8	Denn die Befreiung der Frau kann nur das Werk der Frauen sein
9	Das Demokratische Manifest
10	Nein zum Berufsbildungsgesetz !
11	Der 1. Mai 1978, Eine Bilanz.
12	Busipo-Referendum, ein Schritt vorwärts
13	Zum Tod des Stadtpräsidenten
13	Abstimmungen vom 28. Mai

* *

BRESCHE-INFO-BULLETIN

erscheint 4-6 mal jährlich

Abonnemente und Zuschriften: Bresche-Info-Bulletin
Postfach 1155
6301 Zug

Verantwortlicher Redaktor: Hanspeter Roth

Eigendruck

5 JAHRE RML SEKTION ZUG

Vor fünf Jahren, am 1. Mai 1973, wurde die Sektion Zug der RML gegründet. Fünf waren die Gründungsmitglieder: H. Roth (kaufmännisch Angestellter), J. Lang (Kantischüler), F. Kaufmann (Hochbauzeichner), D. Mumenthaler (Hilfsarbeiter) und B. Bollinger (Elektro-Eicher). Die Organisation und die Durchführung des seit Jahren ersten 1. Mai Umzugs und die breite Verteilung eines Flugblattes über die 40-Std-Woche (damals wurden noch die Unterschriften für die Initiative gesammelt) waren die ersten Aktionen, womit die neugegründete Sektion in Erscheinung trat.

Es hat sich nun so eingebürgert - oder wenn wir wollen, so einproletarisiert - dass anlässlich von Jubiläen Bilanz gezogen wird. Das wollen wir auch tun, dies aber ohne einer falsche Zufriedenheit oder gar einer plumpen Selbstverherrlichung zu verfallen.

Der Gründung der RML-Sektion Zug war ein langer Prozess der Reifung und Erfahrung vorausgegangen. Dieser Prozess soll nun auch in diesem Rückblick Platz finden. Und da im Mai 1978 noch ein weitaus wichtigeres Jubiläum fällig ist - der Mai 68 - soll nun dieser Rückblick nicht nur das Entstehen der RML aufzeigen, sondern auch auf das der übrigen Linken (links der SP) im Kanton Zug eingehen. Denn wenn die RML ein wichtiger Bestandteil davon ist, so ist sie doch nicht alles, was in den letzten zehn Jahren links entstanden ist. So haben der linke Flügel der SP, wie die FBB und das DM ihre mehr oder weniger direkten Wurzeln in der Jugendrevolte jener Jahre.

Bruno Bollinger:

DIE ENTSTEHUNG DER ZUGER "NEUEN LINKE" (1. Teil)

Vorbemerkungen

Ich muss von Anfang an klar festhalten, dass ich diese Entstehungsgeschichte nicht aus der "objektiven Warte" des Historikers schreiben kann und will. Ich habe selbst fast die ganze Geschichte miterlebt und mitgemacht. So ist es gar nicht möglich, dass ich meine Ansichten und Vorstellungen beiseite lassen kann. Trotzdem habe ich mich bemüht, möglichst alles so darzustellen, wie es geschehen ist. Wenn dennoch etwas zu kurz kommen oder gar vergessen werden sollte (für Leserbeiträge sind wir immer dankbar, Anm. Red.), so habe ich das nicht mit Absicht getan.

Ich werde auch auf die sogenannte "Demoralisierung der 68er Generation" nicht eingehen. Diese Demoralisierung ist sicher ein Problem, das sich auch in Zug bemerkbar macht, dennoch nicht so wichtig, dass es die Entwicklung der Linken aufgehalten hätte. Hierzu möchte ich die RML-Genossin Brigitte Landolt zu Wort kommen lassen. Sie ist in Zug aufgewachsen und heute Buchhändlerin in Zürich. Ihre Eltern sowie auch ihre Schwester gehören zu den aktivsten Genossen der SP Zug. Am Schluss eines Interviews über ihre Erfahrungen seit 68 (Bresche Nr. 113/114) sagt sie:

"Die persönliche Emanzipation ist für mich eben verbunden mit einer Politik, die mir das Vertrauen

gibt, langsam aber sicher dem kaputtmachenden System unsere Alternative entgegensetzen zu können. Wo diese Aussicht fehlt, da hilft mir weder Ackerarbeit noch ein Sonnenkollektor weiter, oder zumindestens könnte ich mich nicht so richtig daran freuen.

Jedenfalls, ich bin nicht demoralisiert, die politische Arbeit hat mich persönlich weitergebracht und es stellt mich auf, immer wieder zu sehen, dass ich noch lange nicht die einzige bin."

Die Anfänge

Die weltweiten Geschehen, die Mitte der sechziger Jahre begannen, liessen auch das ländliche Städtchen und Kanton Zug nicht unberührt. Die an den Ohren anstehenden Haare (bei den Männern) und die harten Rhythmen der Rolling Stones und Beatles hielten Einzug auch im Land, wo die Briefkastenfirmen blühen.

Dass nun diese Auflehnung der Jugend auch in Zug nicht einfach als Mode (lange Haare, Blue Jeans, Beat-Musik) mitgemacht wurde, sondern Ausdruck des zunehmenden Unwohlseins war, zeigt schon die erste kleine Bewegung: Bereits 1967 gründete ein junger Journalist, Pierro Sulser, den "Club Jugendhaus", der eine Arbeit über die Frage eines Jugendzentrums begann und einige Flugblätter verteilte. Dieser "Club" löste sich aber bald wieder auf. Einige dieser Jungen machten dann mit bei der Eröffnung der ersten Diskotheken in Zug (Only Club und andere). Der unmittelbare Erfolg blieb zwar aus, dennoch kommt diesen Leuten der Verdienst zu, mit einer Arbeit begonnen zu haben, die dann von anderen fortgesetzt wurde.

In dieser Zeit beginnt vor allem auf Initiative von Meinrad Dossenbach auch eine andere Gruppe aktiv zu werden. Anfänglich blieb diese im vertrauten Kreis und führte endlose Grundsatzdiskussionen. Man war sich darüber einig, dass die herrschenden Zustände geändert werden sollten. Ueber das Ziel dieser Veränderung hat wohl jeder eine mehr oder weniger vage Vorstellung gehabt. Jedenfalls war dies nicht so wichtig; es konnte ja nur besser werden. Unzählige und immer wieder von vorne beginnende Auseinandersetzungen fanden aber statt über den Weg, den man beschreiten wollte und über die Methode, die man anwenden wollte. Obwohl nun diese Grundsatzdiskussionen damals konkret nicht viel gebracht haben, waren sie unumgänglich. Es blieb jedoch nicht nur bei diesen Diskussionen. Das Projekt einer kritischen Lokalzeitung blieb zwar vorerst unrealisiert. Dennoch kam es zu einigen konkreten Aktionen: Die Beteiligung an der Unterschriftensammlung für die Waffenausfuhrverbots-Initiative, die als Reaktion auf den Bührle-Skandal (illegale Waffenausfuhr durch Dokumentenfälschung) lanciert worden war (1969). Dann die Unterschriftensammlung für eine Petition gegen die Todesurteile von Burgos und Leningrad.

Gleichzeitig beginnt auch in anderen Jugendgruppen (unter anderem in der "Jungen Kirche Baar") ein Diskussions- und Reifungsprozess, der dann für die weitere Entwicklung der Zuger Linke eine wichtige Rolle spielen wird. Aus der "JK Baar", wo u.a. auch Hanspeter Roth und Ueli Soom mitmachten, entstand die "Andi 70" (später "Andi 71"), deren Tätigkeit in erster Linie Diskussionen über gesellschaftliche und politische Probleme war.

1970 stellte Meinrad Dossenbach noch die "Organisation" auf die Beine. Nebst Pop-Konzerten und Tanzveranstalungen wurden auch Diskussionen politischer Art (Stadt- und Ständeratswahlen, Dienstverweigerung, antiautoritäre Erziehung) sowie Filme organisiert.

Die ALMZ (Aktion Lausanner Modell Zug)

Dann kam es Anfang 1971 zu einem Zusammenschluss mehr oder weniger all dieser Leute und von vielen anderen. Der VSS (Verband der Schweizerischen Studentenschaft) hatte eine "Eidgenössische Volksinitiative für die Schaffung einer Ausbildungsfinanzierung für Erwachsene" - kurz Lausanner Modell genannt - lanciert. Die konkrete Arbeit für diese Initiative einerseits und die Diskussionen, die dabei entstanden, andererseits leiteten in Zug den Prozess ein, aus dem dann personell und organisatorisch die noch heute aktive "Neue Linke" entstand.

Am 17. Februar 1971 wurde die ALMZ gegründet. Einer der Initianten war auch hier Meinrad Dossenbach, in diesen Jahren sicher einer der Aktivsten und Bedeutensten der Zuger Szene. Die Unterschriftensammlung wurde organisiert, verschiedene Diskussionen und Podiumsgespräche durchgeführt. Von Anfang an sorgte ein kleines Blättchen "Information" für den Nachrichtenaustausch. An die 100 Schüler(innen), Studenten(innen), Lehrlinge und Arbeiter(innen) machten mehr oder weniger aktiv mit.

Erstmals war es so möglich, dass die Jugend-Revolte sich auch in Zug einen politischen Ausdruck gab. Diese sicher noch kleine Bewegung strukturierte sich so, dass sie heute noch - nach einem langen und schweren Erfahrungs- und Reifungsprozess - wenn auch in anderer Form, so doch immer noch besteht. Die Diskussion um die Probleme der Ausbildung, des Studiums, der Schule, der Berufslehre, der Erziehung, ja um die Jugendprobleme allgemein wurde immer deutlicher in ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung geführt. Die Notwendigkeit, eine längerfristige, konkrete Arbeit zu führen, wurde so von vielen erkannt.

Zum Teil von Anfang an entstanden verschiedene Arbeits- und Basisgruppen, die sich um einen bestimmten Problemkreis gruppierten: Die Gruppe "Bildung und Erziehung", die "Basisgruppe für Lehrlingsfragen", die Arbeitsgruppe "Speak-out", die "Arbeitsgruppe Dritte Welt", die "Arbeitsgruppe Kanti", die "Arbeitsgruppe Information", später noch die "Internationale der Kriegsdienstgegner".

Bis im Juni 1971 wurden gesamthaft im Kanton Zug 3310 Unterschriften gesammelt. Darauf löste sich die ALMZ still auf, zurück blieben aber die oben genannten Gruppen.

Die Arbeits- und Basisgruppen

Die Arbeitsgruppe "Speak-out" richtete eine Informations- und Beratungsstelle für Jugendliche ein. Nach einer intensiven Arbeitsperiode, in der etliche Auseinandersetzungen mit den Behörden ausgetragen werden mussten, löste sie sich aber im Mai 1972 wieder auf.

Die "Arbeitsgruppe Information Zug" baute das Blättchen "Information" zum "Info-Bulletin" aus, welches für diese Zeit das Sprachrohr und das Zentrum der Bewegung war. Das lange und vieldiskutierte Projekt konnte endlich das Licht der Welt erblicken. Alle Arbeitsgruppen berichteten darin regelmässig über ihre Aktivitäten. Darüber hinaus veröffentlichte das "Info" auch Artikel über regionale, nationale und internationale Ereignisse und Probleme, und versuchte so seinen Beitrag dazu zu leisten, diese ach so heile Welt ins rechte Licht zu rücken.

(Uebrigens: Es ist kein Zufall, dass das, was Ihr in den Händen haltet, "Bresche-Info-Bulletin" heisst).

Die "Arbeitsgruppe Dritte Welt" begann auch sehr bald aktiv zu werden. Am Abendverkauf vor Weihnachten organisierte sie eine Kampagne gegen den Konsumrummel.
(Fortsetzung Seite 14)

WO WIR STEHEN

Fünf Jahre sind eine kurze Zeit im Leben einer politischen Organisation, eine längere im Leben der Menschen, die sie tragen. Stehen uns Kinderkrankheiten und Pubertät noch bevor - oder bereits Altersschwäche?

Wir haben die ersten tapsigen Schritte auf dem politischen Pflaster Zugs getan, als die letzten Wogen der Jugendradikalisierung über Europa spülten. Jugendhaus, Vietnam und Chile prägten die RML als jugendliche, kämpferische, internationalistische Organisation.

Der Internationalismus hat konkrete Formen angenommen. Politische und persönliche Kontakte zu Genoss-inn-en in andern Ländern Europas konfrontieren uns mit neuartigen Erfahrungen, bewahren uns davor, im Zuger Mief zu versumpfen.

Jugendlich sind wir geblieben, auch wenn wir keine Jugendlichen mehr sind. Nach wie vor sind wir in Zug die einzige politische Organisation, die mit den verschiedenen Gruppen der 15- bis 30-jährigen dauerhaft verbunden ist. Bestimmt ist das Klima unter den jungen Erwachsenen der Politik gegenüber momentan alles andere als begeistert. Aber die heute 5 bis 35-jährigen werden morgen die Welt verändern.

Wir haben auch tiefe Veränderungen durchgemacht. Von der Jugendgruppe sind wir zur politischen Organisation geworden, die auch kritischen Erwachsenen etwas zu sagen hat. Mit der Kampagne um die 40-Stunden-Woche, Brunos Kandidatur für die Nationalratswahlen 1975, Verwaltungsratsinitiative oder Gewerkschaftsarbeit haben wir einen kämpferischen Wind in die Zuger Politik gebracht. Einige hundert Männer und Frauen haben sich in den letzten Jahren mit unseren Vorschlägen auseinandergesetzt.

Die RML besitzt heute in der Region ein sicher kleines, aber solides politisches Gewicht.

Und die Frauen sind neu in unser politisches und persönliches Leben getreten. Anfangs glaubten wir naiv, der sozialistische Kampf löse die Unterdrückung der Frau automatisch in Luft auf. Weit gefehlt! Wir haben schrittweise gelernt, wie tief in uns hinein dieses Problem reicht. Auf verschiedene Schwierigkeiten, die sich der Frau mit einer politischen Organisation und umgekehrt und im persönlichen Bereich stellen, müssen wir erst noch eine befriedigende Antwort entwickeln.

Weiter haben wir gelernt, die schweizerische Situation realistisch einzuschätzen. Die anfängliche Erwartung schneller explosiver Veränderungen hat einer kühleren politischen Analyse Platz gemacht. Wir stellen uns auf einen jahrelangen, geduldigen Kampf ein und haben begonnen, weniger hektisch, dafür produktiver zu arbeiten.

All diese Veränderungen sind weder abgeschlossen noch glatt abgelaufen. Berufliche Probleme und persönliche Krisen haben uns nicht verschont. Wir werden wohl noch manche Schwierigkeit ertragen, manch bittere Nachricht verdauen müssen.

Doch der Weg hat sich gelohnt: in fünf Jahren ist es uns gelungen, dem steinigen Zuger Boden eine entschlossene Gruppe von jungen Frauen und Männern abzuringen, die den politischen Kampf gegen Unternehmerherrschaft und Frauenunterdrückung führt. Wir sind im Kanton Zug die erste und bisher einzige Organisation, die konsequent für eine sozialistische, von der arbeitenden Bevölkerung demokratisch geleitete Gesellschaft kämpft. Wir haben die ersten Bewährungsproben als kleine, aber schlagfertige Kraft bestanden. Und wollen nicht locker lassen.

Jedoch: Entlassungen in Unterägeri, Frauenunterdrückung, Atomkraftwerke, Mehrwertsteuer, Jugendarbeitslosigkeit, Sicherheitspolizei - Hunger in der 3. Welt, Rassismus in Südafrika oder Repression in den Oststaaten: wer soll diesen Problemen auf den Leib rücken, wenn nicht Du und wir beginnen?

Es leben viele jüngere Frauen und Männer um uns, die das Engagement der RML mit Sympathie verfolgen. Es ist unser innigster Wunsch zum kleinen Jubiläum, Diskussion und Zusammenarbeit mit Euch weiter aufzubauen. Alleine schaffen wir es nicht. Zusammen sind wir stark genug, um auch in Zug vom Lüftchen der 70er zum kräftigen Wind der 80er Jahre zu werden.

Urs Meile

...DENN DIE BEFREIUNG DER FRAUEN KANN NUR DAS WERK DER FRAUEN SEIN...

Seit Ende 1975 existiert in Zug eine FBB. Vom Anfang ihres Bestehens an haben Genossinnen der RML in der FBB mitgearbeitet. Das ist kein Zufall. Denn gerade das Engagement in einer politischen Organisation lässt uns Frauen erkennen, dass wir es sind, die mehr Mühe haben, uns auszudrücken und durchzusetzen oder Verantwortung zu übernehmen. Wir spüren auch, dass wir von der Umwelt noch stärker abgelehnt werden als die Genossen - Kommunistin und dann erst noch eine Frau - unmöglich! Aber nicht nur die einzelnen Genossinnen, auch die RML als ganzes hat begriffen, wie wichtig und unersetzlich die Rolle der autonomen Frauenbewegung für die Frauenbefreiung ist. Da die RML der Frauenfrage ein grosses Gewicht einräumt, begrüsst und unterstützt sie die FBB personell (Genossinnen) und ideell (Erarbeitung), oder auch in der politischen Praxis (Abtreibung/Mutterschaftsversicherung).

Die FBB in Zug hat sich inzwischen von einem kleinen Disputiergrüppli zu einer anerkannten Kraft entwickelt, welche einen notwendigen Faktor in der Zuger Politik darstellt. Erinnert sei hier nur an die Aktionen gegen die Kamer-Wahlrichtlinien, die Fristenlösungskampagne und das Frauenfest. Nicht weniger bedeutsam ist die schon Tradition gewordene Solidarität mit dem kämpferischen 1. Mai oder auch die Beteiligung am Referendum gegen die BUSIPO. Alle diese Aktionen haben die FBB weder isoliert noch politisch fixiert. Im Gegenteil: Immer mehr und immer unterschiedlichere Frauen engagieren sich in der FBB (Berufstätige über 50%, Studentinnen, Schülerinnen, Lehrlinge und Hausfrauen). Die verschiedensten Erfahrungswelten prallen somit aufeinander und lassen uns die Vielschichtigkeit der Frauenunterdrückung bewusst werden. Schmerzliche Entdeckung: Wir Frauen werden beinahe überall - mehr oder weniger offen - benachteiligt!

Auch die politischen Parteien der Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften bilden da keine Ausnahme. Obwohl wir Frauen einen grossen Teil der Lohnabhängigen ausmachen, müssen wir hart kämpfen, um überhaupt auf unsere Forderungen aufmerksam zu machen. Aber dabei darf es nicht bleiben! Frauenspezifische Forderungen müssen in die tägliche Politik der Parteien und Gewerkschaften integriert werden. Ein paar schöne Sprüche im Programm sind zwar gut, aber aktive Unterstützung wäre besser.

Natürlich lässt sich die Frauenunterdrückung auch mit dem besten Willen nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Dazu ist sie zu komplex, zu tief verwurzelt. So sehr, dass auch wir Frauen grösste Mühe haben, eine eigene, neue Identität zu finden, die sich nicht mehr an Männerprojektionen orientiert, sondern an unserer Realität und unseren Bedürfnissen. Das ist

ein Grund dafür, dass ich nicht glaube mit dem Sozialismus allein schon den Schlüssel zur Lösung des Frauenproblems gefunden zu haben. Und deshalb engagiere ich mich gleichzeitig in einer gemischten, sozialistischen Organisation und in der FBB.

Das hat sehr wenig mit Schizophrenie zu tun, denn der Kampf für eine klassenlose Gesellschaft steht nicht in Widerspruch zum Kampf gegen die geschlechtsspezifische Unterdrückung. Im Gegenteil: Beide Kämpfe liessen sich zu einer Gesamtstrategie des Kampfes gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung vereinen. (Das tönt sehr kriegerisch!).

Aber noch sind wir nicht so weit. Es ist selbstverständlich (selbstverständlich vom materialistischen Standpunkt aus) an uns Frauen, unsere eigenen Anliegen zu formulieren und sie entweder alleine durchzusetzen oder zu versuchen, Druck auf die möglichen Interessenpartner (z.B. Gewerkschaften) auszuüben, damit unseren Forderungen mehr Gewicht zukommt.

Das dazu nötige Selbstbewusstsein gewinnen wir v.a. in der FBB, denn sie ist der Ort, wo wir nicht isoliert sind (wie z.B. im Haushalt) und wo wir uns nicht in der Minderheit befinden (wie z.B. in Partei und Gewerkschaft), beides unabdingbare Voraussetzungen zur Selbstfindung und objektiven Stärkung.

Aber gerade auch die Autonomie der Frauenbewegung kann zur Isolation ihrer berechtigten Forderungen beitragen, z.B. wenn die Frauen sich aus Enttäuschung und Resignation nur noch in der Bewegung organisieren und die sog. "grosse" Politik den Männern überlassen. Das ist für mich einer der Gründe, warum ich mich gleichzeitig in einer gemischten Organisation engagiere. Denn nur die Anwesenheit der Frauen selbst in Partei und Gewerkschaft kann dort die Verteidigung ihrer Interessen garantieren.

Sybille Schmid

DAS DEMOKRATISCHE MANIFEST

Vor fast einem Jahr ist das DM-Zug gegründet worden. Auch hier, wie in vielen anderen Städten, war im Sog der "Affäre Cincera" eine Welle der Empörung entstanden, die sich gegen die Schnüffeleien wie auch gegen den Abbau der demokratischen Rechte richtete (z.B. die Lehrerwahlrichtlinien).

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten hat nun das DM-Zug angefangen, gut zu funktionieren und eine kontinuierliche Arbeit zu leisten. An der VV vom 27. Januar 1978 wurde z.B. beschlossen, alle Monate eine VV durchzuführen. So war es dann auch möglich, die Kampagne gegen die BuSiPo gut und rechtzeitig vorzubereiten.

Möglich war es auch, dass sich viele Aktivisten(innen) aus verschiedenen Organisationen und Parteien (FBB, SP, RML) sowie auch solche, die nirgends organisiert sind, gemeinsam und freundschaftlich zur Zusammenarbeit finden konnten. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dazu, dass das DM weiter verstärkt werden kann. Denn nur so wird es möglich sein, in der Bevölkerung den Rückhalt zu finden, der notwendig ist, um die demokratischen Rechte wirksam zu verteidigen und zudem noch auszubauen.

Darum ist es wichtig, dass möglichst viele dem DM beitreten. Eine Postkarte an die folgende Adresse genügt: DM Zug, Postfach 2306, 6300 Zug 3. Der Jahresbeitrag beträgt 10 Fr. So erhält auch jede(r) die Einladungen zu den VV und dazu noch

wichtige Informationen.

P.S. Wer nun - wie das letzthin der neue Präsident der SP der Stadt Zug getan hat - das DM als Anhängsel der RML bezeichnet, der zeigt damit entweder mangelnde Kenntnis der heutigen Situation oder dann eine Auffassung von politischer Arbeit, die wohl für die eigene Partei gelten kann, aber nicht unbedingt für die anderen zutreffen muss.

Bruno Bollinger

NEIN ZUM NEUEN BERUFSBILDUNGSGESETZ

Gegenwärtig läuft die Frist für das Referendum gegen das neue Berufsbildungsgesetz, welches vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund ergriffen wurde und auch von der RML und dem Maulwurf unterstützt wird.

Mit dem erpresserischen Einsatz ihres Lehrstellen-Monopols gelang es den Unternehmerverbänden, eine im Interesse der Lehrlinge liegende Reform der Berufsbildung zu unterbinden. In den Räten war gegen eine geschlossene bürgerliche Mehrheit kein Kraut gewachsen.

Keine Garantien gegen die ugendarbeitslosigkeit

Von einer Anpassung des Lehrstellenangebots an die gestiegene Nachfrage (geburtenstarke Jahrgänge) kann nicht die Rede sein. Vorstösse, die in Richtung einer Verbreiterung des Angebots ohne Qualitätseinbusse zielten, wurden abgeblockt:

- "unser" Ständerat Markus Kündig - bekannt durch seinen Widerstand gegen das Verbot der Akkordarbeit für Lehrlinge - hat sich als Präsident der Ständeratskommission heftig gegen die Schaffung von Lehrwerkstätten in Berggebieten zur Wehr gesetzt. Diesmal mit Erfolg. Jugendliche aus Bergkantonen sollen weiterhin den industrialisierten Kantonen (z.B. Zug) und deren Betrieben als "Immigranten aus dem eigenen Land" dienen. Willkommen als billige Arbeitskräfte (Lehrlinge), lassen sie sich nach der Lehre abschieben, ohne die Arbeitslosenstatistik zu belasten...

- eine Ausbildungssteuer für Schmarotzer-Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, obwohl sie könnten oder nicht so viele wie sie könnten, fand gar nicht den Weg bis ins Parlament. Da nur von einer sehr geringen Steuer die Rede war, fiel es dem Bundesrat leicht, mit steigenden Verwaltungskosten zu argumentieren.

- Massnahmen zur Schaffung der fehlenden 10 - 15'000 Lehrplätze kosten weiterhin den Preis einer Verschlechterung der Lehrlingsausbildung. So wurde und wird in zahlreichen Kantonen die Bewilligungspraxis für die Ausbildung von Lehrlingen gelockert. "In Ausnahmefällen" dürfen auch solche Betriebe Lehrlinge einstellen, die nicht die gesetzlich erforderliche Zahl qualifizierter Arbeitskräfte zur Verfügung haben.

Anlehre statt Lehrstellen: Verschlechterung für viele

Da das Lehrstellenangebot nicht der gestiegenen und weiter steigenden Nachfrage angepasst wird, entsteht ein Engpass auf dem Lehrstellenmarkt, den viele Jugendliche mit schlechter Schulbildung (Abschlussklassen) nicht mehr passieren können. So wird ersichtlich, dass die im neuen Gesetz etwas aufpolierte und gesetzlich verankerte Anlehre nicht ein Entgegenkommen darstellt gegenüber Jugendlichen, die keine Lehrstelle wollen oder "geistig minderbegabt" sind. Die Anlehre entpuppt sich als billiger Lehrstellen-Ersatz für alle Jugendlichen, die im verschärften Konkurrenzkampf um eine Lehrstelle auf der Strecke

bleiben. Diese Jugendlichen absolvieren dann zwangsläufig eine zukunftlose Schnellbleiche von höchstens zwei Jahren und erfüllen letzlich das gestiegene Bedürfnis nach minderqualifizierten Arbeitskräften. Der Bundesrat in seiner Botschaft zum neuen BBG: "Es muss damit gerechnet werden, dass im Zuge des Abbaus der ausländischen Arbeitskräfte und angesichts der strukturellen Schwierigkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen vermehrt einheimische Angelernte benötigt werden" (Seite 37).

Zusammen mit den Lehrlingen, die in Kleinbetrieben eine zukunftslose Lehre absolvieren, bilden die Anlehrlinge Teil der neuen Lohndrückermasse. Mangels Qualifikation können sie keine Ansprüche stellen, sind sie herumschiebbar und ihre Zukunft ist stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängig.

Ein Nein zum Gesetz ist noch keine Alternative

Die Ablehnung des Gesetzes verbessert den Zustand der Berufsbildung allerdings nicht, da die Anlehre und die BMS - die zurecht umstrittensten Aenderungen im **neuen Gesetz** schon im Rahmen des alten Gesetzes legal eingeführt werden konnten. Ein Erfolg des Referendums verhindert lediglich, dass die Verschlechterung der Berufsbildung den Segen des Stimmbürgers findet.

Eine Verbesserung der Berufsbildung erfordert eine positive Alternative. Im Kanton Zürich hat die RML eine Initiative für die Schaffung von staatlichen Lehrwerkstätten vorgeschlagen, welche ein Schritt in diese Richtung ist.

Max Sutter

DER 1.MAI 1978, EINE BILANZ

Dass Petrus im mehrheitlich CVP=orientierten Kanton Zug nicht auf der Seite der Arbeiterbewegung steht, hatte man schon letztes Jahr am ersten Mai gesehen. Dass das Gewerkschaftskartell dem Regen wich und an dem Tag, wo die Arbeiterbewegung der ganzen Welt auch bei strömendem Regen (z.B. in Zürich) auf die Strasse geht, seine Kundgebung ins COOP- Restaurant verlegte, überrascht niemanden. Dass jedoch trotzdem etwa 7o tapfere Zuger und Zugerinnen am Umzug des "Gewerkschafter-Komitees für einen kämpferischen 1. Mai teilgenommen haben, zeigt, dass auch in Zug langsam eine Kraft entsteht, die gewillt ist, andere Wege zu beschreiten.

Das Gewerkschafter-Komitee, die FBB, das DM, linke SP-Genossen, die RML haben an diesem ersten Mai wieder gezeigt, dass es gemeinsam besser geht, dass einheitlich mehr zu erreichen ist.

Dies hat hingegen das Gewerkschaftskartell noch immer nicht eingesehen; denn auch dieses Jahr war es nicht bereit, mit anderen Kräften und Organisationen zusammenzuarbeiten.

Die vom Gewerkschafter-Komitee aufgestellte Parole "aktiv nicht nur am 1.Mai" bestätigte sich auf eindrückliche Art und Weise bei der Diskussion, die anschliessend im Widder stattfand. Das Thema, die Situation und die Kämpfe der Arbeiter in der Welschen Schweiz, wurde in der Diskussion bei weitem überschritten. Obwohl dann die Diskussion den Eindruck eines wilden Durcheinander der Meinungen erweckte, hat sich doch eines klar gezeigt: Man will nicht nur hören, was andere tun, sondern man ist auch bereit, selber etwas zu tun. Das ist sicher der positivste Ausdruck des 1.Mai. Dies stellt auch allen Beteiligten die Aufgabe, die Diskussion weiterzuführen.

Bruno Bollinger

Busipo-Referendum - ein Schritt vorwärts

In Gösgen standen sie an vorderster Front, die Zuger Polizeigrenadiere, und zeichneten dich durch b besondere Kampffreude aus. Sie würden sie sicher auch in einer Bundessicherheitspolizei beweisen. Aber Zug besitzt nicht nur schlagkräftige Polizeigrenadiere, sondern auch eine Reihe von Leuten, die auf eine solche Knüppelgarde gern verzichten und deshalb das Referendum unterstützen, das vom nationalen Referendumskomitee lanciert wurde, dem über 5o Organisationen und Parteien , darunter die RML, angehören.

Es ist erfreulich, dass die Sp sich durch die kräftig angeheizte Terrorhysterie nicht verunsichern lässr, und das Referendum auch ergriffen hat. Noch erfreulicher ist es, dass auch die Zuger SP kräftig Unterschriften sammelt und sich in einer Sache engagiert, die nichts bringt für die Wahlen, welche ja dieses Jahr in Zug stattfinden.Das ist ein schöner Schritt vorwärts, den wir ganz klar begrüssen.

Das Positive wird leider etwas getrübt durch die Tatsache, dass die nationale Geschäftsleitung der SP nicht bereit ist, mit anderen Kräften zusammenzuarbeiten, die Referendumskampagen alleine führen will. Um aus dieser Situation das Beste zu machen, hat sich im Schosse des DM-Zug ein Aktivistenkomiteegebildet, das keiner Partei verpflichtet ist und allen offensteht, die das Referendum unterstützen wollen. So kann auch in Zug der Widerstand gegen eine nationale Repressionspolizei einen breiten Ausdruck finden.

Wer sich aktiv am Referendum beteiligen will, kann sich ans. DM-Zug, Postfach 23o6 63oo Zug 3 wenden oder sich am Samstag , 2o. Mai um 9 Uhr auf dem EPA-Platz einfinden, wo ein Strassentheater aufgeführt wird und Unterschriften gesammelt werden. Am Abstimmungssonntag vom 28.Mai werden ebenfalls Unterschriften gesammelt.

Wieso ist das Referendum überhaupt wichtig? Der Bundesrat hat ja schon unter der Hand eine solche Polizei geschaffen, mit dem Einsatz von geballten kantonalen Polizeigrenadieren, geleitet von den jeweiligen kantonalen Instanzen, so hören wir manchmal argumentieren.
Richtig, aber: Kann die Knüppelgarde weiterhin so einfach eingesetzt werden, wenn ein grosser Teil oder sogar die Mehrheit der Bevölkerung die Busipo ablehnt? Der Preis, den das Bürgertüm in d diesem Fall bezahlen muss, wird ein grösserer sein.

Schlussendlich geht es jedoch darum, hier und heute den Kampf aufzunehmen gegen jeglichen Abbau der demokratischen Rechte. Wir dürfen keinen Millimeter freiwillig preisgeben. Denn gegen wen richtet sich der Abbau, wenn nicht gegen die wiedererwachende Arbeiterbewegung, welche die kapitalistische Gesellschaft in Frage s stellt?

Die Busipo reiht sich ein in diesen Abbau, richtet sich gegen das Demonstrations- und Versammlungsrecht. Gösgen und Moutier sind in frischer Erinnerung.

Um zu sehen, dass die Einschränkung der demokratischen Rechte weitergeht, braucht man Zug nicht zu verlassen: Die berüchtigten Lehrerwahlrichtlinien, die hinter den Kulissen skrupellos angewendet werden, die baldige Diskussion des Abhörgesetztes im Kantonsrat, die Absicht des Kantonsrates, die Lehrerwahlrichtlinien auf alle Beamten auszudehnen, die Diskussion um die Erhöhung der kantonalen Unterschriftenzahlen, dies alles legt Zeugnis dafür ab, dass auch das Zuger Bürgertum kräftig mitabbaut.

Es ist notwendig, dass sich alle fortschrittlichen Kräfte konsequent gegen jede Einschränkung der demokratischen Rechte zur Wehr setzt. Insofern hat der Widerstand gegen die Busipo exemplarischen Charakter. Martin Stuber

ZUM TOD DES STADTPRAESIDENTEN

Der Hinschied von Stapi Hagenbuch gibt uns weder Anlass zu Genugtuung, noch zu scheinbarer Trauer, wie sie ihm seitens der CVP-Konkurrenz lauthals ins Grab nachgerufen wurde. Hingegen drängen sich einige politische Ueberlegungen auf.

Der unerwartete Tod Hagenbuchs bringt die Zuger Freisinnigen arg ins Schwitzen. Denn Hagenbuch, Wirt einer gemütlichen Beiz, war der einzige wirklich populäre Zuger Freisinnige, der volksverbundenste bürgerliche Politiker überhaupt. Der Tod Hagenbuchs bedeutet für die FdP einen weiteren Schritt in die Isolation gegenüber dem einfachen Volk. Sie gewinnt seit der Rezession langsam das Gesicht einer Unternehmer- und Offizierspartei.

Peinlich für das Zuger Polit-Establishment ist die Diskussion, die in der Bevölkerung angefangen hat und auch in die Presse gelangt ist. Die Frage des Selbstmordes interessiert uns nicht sosehr. Hingegen ist kein Zweifel möglich, dass im Stadtrat grosse Spannungen herrschten, dass die Spitzenpolitiker vor allem den Fragen der Stadtplanung ziemlich verwirrt gegenüberstehen.

Interessierte Teile der Bevölkerung haben heute mehr denn je das Gefühl, dass im Stadtrat (und anderswo) Dinge laufen, über die der Wähler weder informiert wird, noch eine Kontrolle hat. Die ganze Affäre wird in der Schlussbilanz einen weiteren Vertrauensschwund der Bevölkerung in die Behörden aufweisen. Ein besonderer Schatten ist auf Stadtrat Hegglin gefallen, den Obmann der stadtzuger CVP: als christlich-frommer Politiker wird er sich kaum mehr verkaufen können; seine Karrierechancen mögen sich etwas gedämpft haben, wenn auch weiterhin viele Fäden der Zuger Politik - nicht in der Oswaldkirche - sondern in der katholischen Ochsenbar zusammenlaufen werden.

Der Tod Hagenbuchs und die Verunsicherung der Bürgerlichen öffnet die Tür für einen (oder gar mehr ?) rosaroten Stadtrat. Die Chancen für die Sozialdemokraten sind nochmals sprunghaft gestiegen. Wird ein Sozialdemokrat im Stadtrat die dunklen Spiele hinter verschlossenen Türen mitspielen? Oder darf man wagen, auf einen angriffigen Kampf gegen die verrottete bürgerliche Herrschaft in dieser Stadt zu hoffen? Die Haltung der Sozialdemokraten im Grossen Gemeinderat stimmt uns da nicht allzu optimistisch.

Urs Meile

ABSTIMMUNGEN VOM 28. MAI

Das Abstimmungswochenende bringt einige interessante Fragen aufs Tapet, wenn auch das Interesse dafür in der breiten Bevölkerung gering bleibt. Die Mehrheit vor allem der jüngeren Lohnabhängigen werden wohl einmal mehr zuhause bleiben, weil sie sich von dieser Art von Politik nicht betroffen fühlen. Sie haben den verständlichen Eindruck, dass die Behörden sowieso machen, was sie wollen.

Wir dürfen uns von diesem Gefühl aber nicht dazu hinreissen lassen, die folgenden politischen Fragen einfach dem bürgerlichen Parteivolk zu überlassen. Das Hochschulförderungsgesetz (RML: Ja) bringt eine bescheidene Verbesserung der Finanzierung im Hochschulbereich und ermöglicht es, in den kommenden Jahren einen Numerus Clausus zu vermeiden. Das Gesetz wird von der bürgerlichen Rechten um den Gewerbeverband bekämpft, die sich als Stosstrupp gegen Sozial- und Bildungsausgaben versteht. Ihnen muss ein Riegel geschoben werden, denn gerade die Jugendlichen aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien sind am meisten auf offene Bildungsmöglichkeiten angewiesen.

Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs kommt erneut aufs Tapet, allerdings ohne grosse Wellen aufzuwerfen oder Perspektiven zu bringen. Sozialdemokraten und Freisinnige haben das sinkende Schiff der sozialen Indikationenlösung verlassen, dafür ist die CVP noch aufgesprungen. Wir sagen NEIN zu diesem Gesetz, das den rückständigsten Kantonen wie Zug nichts bringt und für die fortschrittlichsten Kantone einen Schritt nach hinten bedeutet. Wir können nicht zulassen, dass eine Frau vor behördlichen Gremien ausgefragt und schikaniert wird, wenn sie abtreiben will.

Die Initiative für zwölf autofreie Sonntage unterstützen wir. Die Initiative selbst ist sicher keine abschliessende Lösung und lässt etwa die Frage offen, wie eine städtische Arbeiterfamilie bei den heutigen SBB-Tarifen ins Grüne gelangen soll. Doch die Initiative zeigt in eine gute Richtung: man darf den Privatverkehr nicht einfach endlos ins Kraut schiessen lassen, bis die ganze Schweiz etwa so aussieht wie das Gebiet um Cham-Steinhausen seit zwei Jahren.

Zum Gesetz, das eine Brotpreiserhöhung bringt, sagen wir NEIN. Weder mit Mehrwertsteuern noch mit anderen Tricks sollen die Staatsfinanzen auf dem Rücken der Lohnabhängigen saniert werden.

Urs Meile

****

(Fortsetzung von Seite 6)

An Weihnachten selbst führte sie einen Hungerstreik aus Solidarität mit den Hungernden in der Dritten Welt durch. Aus diesen Aktionen ging sie ziemlich gestärkt hervor. Im Juni 1972 führte sie dann eine Angola-Woche (Filmvorführung und Diskussion in fast allen Gemeinden, dazu eine umfangreiche Dokumentation) durch, die sehr erfolgreich war. Bei der ADW machten unter anderen Walter Wyss und Jo Lang mit.

Die "Arbeitsgruppe Kanti" (nicht zu verwechseln mit der drei Jahre später entstandenen AGK) war die erste Gruppe, die kritische und linke Kantischüler organisierte. Auch sie führte eine Reihe von Veranstaltungen durch, die sich aber auf die Kanti beschränkten. Als Ruedi Straub, einer der Hauptträger der Arbeitsgruppe, dann die Kanti verliess, löste sich diese auf.

(Mit der Darstellung der Basisgruppe für Lehrlingsfragen werden wir im nächsten Bresche-Info-Bulletin fortfahren).

Fortsetzung folgt.

DIE BRESCHE HAT SICH VERAENDERT

Die Artikel sind leserlicher und kürzer geworden, die Darstellung übersichtlicher. Es wird mehr Information geboten, und die behandelten Themenkreise sind vielfältiger. Kurz: die BRESCHE kann jetzt allen Linken etwas bieten.

DIE BRESCHE IST ABER AUCH GLEICH GEBLIEBEN

Sie vertritt nach wie vor eine klare revolutionär-sozialistische Linie, ist offen für die Diskussion und strebt ein einheitliches Vorgehen der gesamten Arbeiterbewegung an.

EINE ZEITUNG FUER KAEMPFERISCHE GEWERKSCHAFTER

Heute beginnen sich in den Gewerkschaften die kämpferischen Teile zu gruppieren. Die BRESCHE berichtet regelmässig darüber.

EINE ZEITUNG FUER FRAUEN

Der Kampf gegen die spezifische Unterdrückung der Frau nimmt in der BRESCHE einen gewichtigen Platz ein. Doch auch die andern Probleme, welche die BRESCHE aufwirt, betreffen die Frauen meist direkt. Oder ist etwa der Kampf für den Sozialismus Männersache?

EINE ZEITUNG FUER INTERNATIONALISTEN

Die Arbeiterkämpfe in Europa, die Entstehung einer sozialistischen Opposition in den Oststaaten, die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt sind in der BRESCHE stets präsent.

EINE ZEITUNG, DIE MITMACHT

Die BRESCHE ist keine Zeitung, die nur informiert und kommentiert. Sie nimmt Stellung als Zeitung einer Organisation, die in der Schweiz (RML) und auf internationaler Ebene (IV. Internationale) mitmacht, für den Sozialismus kämpft und in diesem Kampf eine klare Linie vertritt. Deshalb besitzt die BRESCHE Glaubwürdigkeit auch bei den Sozialisten, die sich nicht zur revolutionär-sozialistischen Strömung zählen: Die BRESCHE ist eine Zeitung für alle Sozialisten!

EINE BILLIGE ZEITUNG

Eine Einzelnummer kostet Fr. 1.50 (Doppelnummer Fr. 2.--), das Jahresabonnement für 22 Nummern nur Fr. 30.--. Das ist soviel Geld wie Du für vier Kinovorstellungen auslegen musst. Die BRESCHE ist - trotz Fehlen von Inseraten - so billig, weil sie zum Grossteil in Gratisarbeit hergestellt wird.

****

O Ich bestelle ein Jahresabonnement für 22 Nummern und Fr. 30.--
O Ich bestelle ein Gratis-Probeabonnement für 3 Nummern

Name: Adresse:

(Einsenden an: RML, Postfach 299, 8031 Zürich)
Postcheckkonto: Bresche, 80-38 421/Abo-Beginn nach Geldeingang